



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Seite 1 von 1

Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder  
des Rechtsausschusses

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**18/698**

A14

**16. 01. 2023**

Aktenzeichen  
4210 - III. 95  
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin: Frau Schäfer  
Telefon: 0211 8792-204

## 7. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 18. Januar 2023

TOP: „Staatsanwalt vor Ort“ – Ein erfolgreiches Auslaufmodell?

### Anlage

1 Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Rechtsausschusses übersende ich als Anlage einen öffentlichen Bericht zu dem o. g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Benjamin Limbach

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Martin-Luther-Platz 40  
40212 Düsseldorf  
Telefon: 0211 8792-0  
Telefax: 0211 8792-456  
poststelle@jm.nrw.de  
www.justiz.nrw





**Ministerium der Justiz  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

7. Sitzung des Rechtsausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
am 18. Januar 2023

Schriftlicher Bericht zu TOP:  
„‘Staatsanwalt vor Ort’ – Ein erfolgreiches Auslaufmodell?“

Mit dem vorliegenden Bericht der Landesregierung erfolgt die mit dem Anmelde-schreiben vom 20. Dezember 2022 erbetene Unterrichtung zum vorbezeichneten Tagesordnungspunkt.

Derzeit sind an Projektstandorten in Duisburg, Essen, Jülich, Langenfeld, Remscheid, Wipperfürth und Wuppertal-Barmen insgesamt elf Staatsanwältinnen und Staatsanwälte „vor Ort“ eingesetzt.

Die Projekte sind auf die besonderen individuellen Gegebenheiten an den jeweiligen Standorten zugeschnitten. Sie beziehen sich entweder auf besondere örtliche Kriminalitätsschwerpunkte oder auf besondere örtlich eingrenzbar e Kriminalitätsphänomene und verfolgen mithin unterschiedliche Zielrichtungen; eine Vergleichbarkeit der einzelnen Projekte kann daher nicht ohne weiteres hergestellt werden. Zu den jeweiligen Projekten hat der staatsanwaltschaftliche Geschäftsbereich übereinstimmend berichtet, die Zuständigkeitskonzentration habe den Aufbau besonderer inhaltlicher und in die örtlichen Gegebenheiten eingebetteter Expertise ermöglicht, den unmittelbaren Austausch zwischen den beteiligten Behörden gefördert und sich aufgrund der Effektivierung der Strafverfolgung sowie der dadurch bedingten positiven Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung bewährt.

Statistische Daten, die belastbare Rückschlüsse darauf zuließen, ob die Projekte unmittelbaren Einfluss auf die absolute Anzahl der Straftaten vor Ort haben, liegen im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz hingegen nicht vor. Gründe dafür sind nach der vorliegenden Berichtslage das Fehlen von Vergleichszahlen aus der Zeit vor der Einrichtung der Projekte bzw. deren erst kurze Laufzeit, die Erfassung von Ermittlungsverfahren anstatt diesen zugrundeliegenden einzelnen Straftaten, die zwischenzeitliche inhaltliche und/oder örtliche Ausweitung der Projekte und nicht zuletzt der Einfluss der pandemischen Entwicklung.

Die für die Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften vorgesehenen Planstellen und Stellen sind im Haushaltsplan der Justiz (Einzelplan 04) im Kapitel 04 215 etatisiert. „Sonderstellen“ für die hier zur Erörterung stehenden Projekte sind dort nicht ausgebracht. Die im Haushaltsplan etatisierten Planstellen und Stellen werden der Generalstaatsanwältin und den Generalstaatsanwälten des Landes jährlich zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung in ihrem jeweiligen Geschäftsbereich zugewiesen. Damit steht es den Generalstaatsanwaltschaften frei, zugewiesene Planstellen projektbezogen einzusetzen.

Für die an den eingangs genannten Standorten eingerichteten Projekte sind den Generalstaatsanwälten in Düsseldorf und Köln in den Jahren 2018 bis 2022 durch das Ministerium der Justiz sieben Planstellen des staatsanwaltlichen Dienstes ausdrücklich zweckgebunden zugewiesen und gemäß der Zuweisung besetzt worden.

Die fachliche Prüfung im Sinne der Vorlage 18/450, letzter Absatz, dauert an.